



NEWSLETTER IV/2010

NORD|SÜD *news*



Foto: © Marc Engelhardt

Versteckte Kinderarbeit auf Liberias Kautschukplantagen

Wer vorbei fährt an den scheinbar endlosen Baumreihen, die sich kurz hinter Monrovia's Flughafen Kilometer über Kilometer nach Westen erstrecken, der versteht sofort, warum Liberia früher „Firestone Republic“ genannt wurde. Seit 1926 pflanzt der US-Konzern Firestone, einer der größten Reifenhersteller der Welt, in Liberia Kautschukbäume an, ordentlich in Reih und Glied. Die mehr als 400.000 Hektar große Anbaufläche macht vier Prozent der Landesfläche aus. Es ist die größte Kautschukplantage der Welt.

Mehr als achtausend Zapfer sind täglich zwischen den Baumreihen unterwegs, um den wertvollen Naturkautschuk zu gewinnen. Dazu wird mit der Machete vorsichtig eine Rinne in die Rinde geschnitten. Über Nacht läuft der zähe, klebrige Saft in Auffangbehälter, die am Ende der Furchen hän-

gen. Den gesammelten Saft leeren die Arbeiter in Eimer, die sie zu einer Sammelstelle bringen. Yurfee Shaikalee, ein liberianischer Umweltschützer, arbeitet seit Jahren mit ihnen und den Bewohnern der nahen Dörfer zusammen. Ungeklärte Abwässer aus der Aufbereitungsanlage verseuchen ihre einzige Wasserquelle, den nahen Fluss. Shaikalee weiß, wie hart der Job ist: „Jeder Arbeiter muss am Tag zwischen zwanzig und fünfundzwanzig volle Eimer abliefern, um seine Quote zu erfüllen.“ Das entspricht 550 Bäumen, um die sich die Zapfer täglich kümmern müssen. Die Verluste für den, der sein Soll nicht erfüllt, sind groß, so Shaikalee. „Wer einen Eimer fallen lässt, zahlt dafür, wer zu wenig abliefern, bekommt weniger Lohn.“ Sklavenarbeit sei das, wettet sein Kollege Joseph Kennedy: „Wenn ich Präsident wäre, würde ich Firestone sofort schließen.“

Weiter auf Seite 2



Inhalt

Titel

- | Versteckte Kinderarbeit auf Liberias Kautschukplantagen S.1

Kommentiert

- | Doppelteltes Armutszeugnis S.2

Vorgestellt

- | Hasan Arslan; Bernd Schneider S.3

Aus der Arbeitswelt

- | Mexiko: „Die Maquila frisst dich“ S.4
- | Uruguay: Süße Subventionen S.5

Aus Projekten und Kampagnen

- | Wertvolle Verbindungen; Einmalige Erfahrungen – Ein Interview mit Nina Berg S.6
- | Dialog und „Peitschenhiebe“ S.7

Notiert

- | Abkommen missbilligt; Kein Lohn zum Leben; Nutzen für Unterricht S.8
- | Terminhinweise, Impressum S.8

Fortsetzung von Seite 1



Kommentiert

Weder Arbeits- noch Menschenrechtsstandards würden eingehalten: „Es gibt keine Schutzhelme, keine Handschuhe, und dann arbeiten auch zahlreiche Kinder auf den Plantagen, die eigentlich in der Schule sein müssten.“

Die Vorwürfe von Kinderarbeit auf der Firestone-Plantage sind nicht neu. Vor vier Jahren veröffentlichten die UN einen Bericht über die Zustände auf Liberias Kautschukplantagen, der ein vernichtendes Fazit zog. Bei Besuchen habe man gerade einmal zehn Jahre alte Arbeiter getroffen, heißt es dort. Gründe für die Kinderarbeit sind den UN zufolge die hohen Quoten, die ohne Hilfe der Familie nicht zu erreichen sind. Weil Angehörige von Arbeitern zudem keine sozialen Leistungen erhalten und der Lohn zu gering sei, um eine Großfamilie zu versorgen, müssten Kinder und Jugendliche oft mitarbeiten, um das Überleben der Familie zu sichern. Der Bericht schlug hohe Wellen, das Management versprach, gegen die Kinderarbeit vorzugehen.

Doch Kontrollen, kritisiert Aktivist Shaikalee, gebe es immer noch nicht: „Die Quote ist leicht gesenkt worden und man achtet darauf, dass Kinder heute nicht mehr in den Arbeiterlisten geführt werden – aber ansonsten ist alles beim Alten geblieben, wenn auch ein bisschen besser versteckt.“ Die Arbeiter wollen nicht auffallen, um ihren Job nicht zu riskieren. Als ich einen Mann mit seinem vielleicht zwölfjährigen Sohn beim Kautschukzapfen am Straßenrand entdeckte, flüchteten die beiden ins Innere der Plantage, bevor ich sie ansprechen kann.

Doch langsam scheint sich etwas zu bewegen. Die Gewerkschaft der Firestone-Arbeiter (FAWUL) ist nach langen Auseinandersetzungen seit 2007 anerkannt. Vorher hatte eine Scheingewerkschaft, gesteuert von der Unternehmensleitung, das Sagen. Im Juni vereinbarten FAWUL und Firestone einen Tarifvertrag, der von Dezember an eine Lohnerhöhung von 3,5 Prozent und bessere Arbeitsbedingungen vorsieht. Der Transport des Kautschuk soll mechanisiert, für die Kinder der Arbeiter sollen Schulen gebaut werden. „Das ist ein Neubeginn“, glaubt FAWUL-Generalsekretär Edwin Cisco. „Wir haben eine Win-win-Lösung ausgehandelt.“ Shaikalee bleibt skeptisch, ob das Unternehmen seine Zusagen tatsächlich einhalten wird: „Firestone ist ein Staat im Staat, die Regierung steht letztendlich auf Seiten des Unternehmens.“ Es ist der mit Abstand größte Steuerzahler im Land: mehr als zehn Millionen US-Dollar Steuern und Abgaben hat Firestone allein 2009 an die Regierung in Monrovia überwiesen.

Marc Engelhardt



Der Autor arbeitet als freier Afrika-Korrespondent.

Doppeltes Armutszeugnis

Kinderarbeit ist ein Armutszeugnis – in doppelter Hinsicht. Sie ist einerseits durchaus Zeugnis von Armut. Vor allem aber ist sie ein Armutszeugnis für die internationale Gemeinschaft.

Trotz überzeugender Resolutionen und internationaler Übereinkommen hat man es in Jahrzehnten nicht geschafft, den Skandal der Kinderarbeit auszumerzen. Noch immer sind nach jüngsten Zahlen der Internationalen Arbeitsorganisation mehr als 200 Millionen Kinder zwischen fünf und 15 Jahren gezwungen zu arbeiten. Viele von ihnen müssen wie Sklaven schuften, stehen in Lohnknechtschaft wegen ihrer verschuldeten Eltern, werden in Zwangsprostitution gehalten oder als Kindersoldaten missbraucht.

Die Regierungen der armen Länder haben versagt, weil sie ihre internationalen Zusagen zu Hause nicht durchgesetzt haben. Versagt haben die reichen Länder, weil sie ihre finanziellen Versprechen nicht einhalten und ökonomisch von den Billigprodukten aus Kinderhänden profitieren. Genutzt hat es verantwortungslosen und kriminellen Ausbeutern. Aber auch die Gewerkschaften haben sich nicht mit Ruhm bekleckert. Kinderarbeit ist nicht nur Ausdruck von, sie ist auch Ursache für Armut. Denn überall, wo Kinder arbeiten, gehen Arbeitsplätze für Erwachsene verloren. Kinder sind eben billiger und williger. Sie können sich nicht wehren und sind leichter auszubeuten. Internationale Untersuchungen haben bestätigt: Wo es gelungen ist, Kinderarbeit zurückzudrängen, sind wieder Arbeitsplätze für Erwachsene entstanden, teilweise bis zu 300 Prozent besser bezahlt.

Im Juni 2010 hat der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) in Vancouver einen richtungsweisenden Beschluss gefasst. Darin heißt es: „Der Kongress ist sich des engen Zusammenhangs

zwischen dem Auftreten von Kinderarbeit und dem Fehlen menschenwürdiger Arbeitsmöglichkeiten für Erwachsene bewusst und er befürwortet Programme, die auf die Schaffung kinderarbeitsfreier Sektoren oder Zonen und Kampagnen für Bildung für alle abzielen, um Kinderarbeit vollständig zu beseitigen.“ Die Gewerkschaften müssen diesen Beschluss als Auftrag verstehen, alles zu tun, um die Millenniumsziele der Vereinten Nationen bis 2015 zum Erfolg werden zu lassen. Als Bildungsgewerkschaft wird die GEW ihren Beitrag für das Erreichen von Primarbildung für alle Kinder leisten. Sie wird im April 2011 eine Initiative zur Information und Aufklärung und zur Schaffung kinderarbeitsfreier Zonen auch hierzulande starten. Vor Ort sollen Projekte unter dem Motto „Gegen Kinderarbeit – Für Bildung“ unterstützt werden. Wir sind alle verpflichtet, für das Kinderrecht auf Kindheit zu kämpfen – überall.

Ulrich Thöne



Der Autor ist Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).



Ulrich Thöne

Foto: © Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Streik und Schulung

Um Anerkennung hat die Gewerkschaft der Firestone-Arbeiter (FAWUL) gekämpft. Noch vor dreieinhalb Jahren ging die Polizei mit Tränengas gegen Streikende vor. Kurz darauf gewann FAWUL Wahlen gegen eine „gelbe“ Agrargewerkschaft. Kollegen der Vereinten Stahlarbeitergewerkschaft USW aus den USA organisierten für sie Schulungen über repräsentative Gewerkschaftsarbeit. Ende 2007

wurde wieder gestreikt, weil das inzwischen zum japanischen Bridgestone-Konzern gehörende Unternehmen die Zusammenarbeit verweigerte. Der Generalsekretär der Internationalen Gewerkschaftsföderation ICEM Manfred Warda drängte Liberias Präsidentin, die neue Gewerkschaft zuzulassen. 2008 wurde der erste Tarifvertrag abgeschlossen. 2009 kritisierte ICEM, die Quoten, die zur Mitarbeit der Kinder führen, seien nicht reduziert worden. (Quelle: www.icem.org)



Hasan Arslan

Rastloser Organisierer

Hasan Arslan gehört zu den Menschen, die gelernt haben, Erfahrungen für sich und andere nutzbar zu machen. Er hat viele gesammelt: Im Alter von 15 Jahren kam er aus der Türkei nach Deutschland und erhielt mit 16 seine erste Anstellung in einem Kleinunternehmen. Fünf Jahre später wechselte er zu einem Familienbetrieb mit 600 Beschäftigten. „Ich trat noch im selben Jahr in die IG Metall ein und übernahm die Vertrauenskörperleitung in dem bis dahin unorganisierten Betrieb“, berichtet er von den Anfängen seiner aktiven Gewerkschaftsarbeit. Nach einem Arbeitsplatzwechsel wurde er mit 24 Jahren Betriebsratsvorsitzender in einem kleinen Betrieb. Er erinnert sich gern an die zahlreichen Aktionen mit Unterstützung der IG-Metall bei Tarifverhandlungen: „Ich denke, dass heute oftmals der kämpferische Ansatz fehlt und zu schnell nachgegeben wird.“

Kurz nach seinem Eintritt bei Mercedes 1981 wurde Arslan auch dort Mitglied der Vertrauenskörperleitung und später als Betriebsratsmitglied für acht Jahre freigestellt. Seine Leidenschaft für

gewerkschaftliche Informations- und Bildungsarbeit war zu diesem Zeitpunkt bereits entfacht. Besonders die internationalen Treffen mit Mercedes-Kollegen verschiedener Standorte stärkten sein Vorhaben, in der Türkei an der internationalen Organisierung weiterzuarbeiten. 1996 kehrte er in die Türkei zurück und gründete eine eigene GmbH, die internationale Konferenzen und Tagungen mit Netzwerkvertretern von großen Konzernen organisierte. Dadurch wurde die türkische Dienstleistungsgewerkschaft Tezkoop auf ihn aufmerksam und bot ihm eine Stelle in der Internationalen Abteilung an. 2002 wechselte Hasan Arslan zur türkischen Metallgewerkschaft Birlesik-Metall in den Bereich Organisierung. Dort leitet er heute das Projekt „Stärkung von Arbeitnehmerrechten in Südosteuropa – Förderung des sozialen Dialogs in der Türkei“ in Kooperation mit dem DGB Bildungswerk BUND. „Das Projekt hat eine entscheidende Neuerung gebracht: Zum ersten Mal wurde die traditionelle Gewerkschaftsarbeit durch Seminarangebote für Frauen und Jugendliche erweitert“, freut sich der rastlose Organisierer.



Foto: © Susanne Hermen

Hasan Arslan

Hasan ist überzeugt, dass sich die türkischen Gewerkschaften durch Motivation der Jugend und Förderung der Gleichberechtigung ein enormes Zukunftspotenzial sichern können.

Susanne Hermen

Bernd Schneider

Schmerzfrees Arbeiten

„Für die Kollegen bin ich unser Außenminister“, sagt Bernd Schneider und zieht seine Mundwinkel hoch. Der Vorsitzende des Euro-Betriebsrats von Freudenberg genießt die Zusammenarbeit mit anderen – denen im Betriebsratsbüro und denen draußen. Sein Arbeitgeber stellt Dichtungen, Vliesstoffe und Chemikalien in etwa 200 Betrieben in 55 Ländern her. „Verlagerungen finden ständig statt“, berichtet Bernd Schneider, „in letzter Zeit boomen vor allem Brasilien, Russland, Indien und China.“ So weit reicht die Zuständigkeit des Euro-Betriebsrats nicht. „Ein Netzwerk wäre wichtig“, findet der Vorsitzende, aber das dauert. Aus Indien habe er kürzlich jemand kennen gelernt, daraus könne ein Anfang werden.

Bernd Schneider liegt an den Menschen. Vor 30 Jahren hat der geborene Heppenheim bei Chemieunternehmen Freudenberg in Weinheim Maschinenschlosser gelernt, später in der Qualitätssicherung und Entwicklung gearbeitet. Zur Gewerkschaftsjugend gehörte er schon als Schüler. „Ich hatte einen politischen Ziehvater“, erinnert

sich der 54-jährige, „einen alten Kommunisten, der mir vom Aufenthalt im Konzentrationslager Buchenwald erzählt hat. Das hat mich geprägt.“ Ehrenamtlich hat sich Schneider zwölf Jahre lang in einer Sportgruppe mit Behinderten engagiert. Wenn er vom „Gesundheits-Mapping“ der Arbeitnehmervertretung erzählt, wird der ehemalige Krankenwagenfahrer eifrig. Die Methode wird vor allem in Brasilien angewandt und hatte auch schon in Mosambik Erfolg. Anhand einer Körperzeichnung benennen Beschäftigte Punkte, an denen sie Schmerzen haben. Von dort geht die Analyse der Ursachen aus. Wenn eine Kollegin dann einen besseren Schreibtisch bekommt, freut sich Bernd Schneider. Den Vorteil für die Arbeitsplätze hat auch das Unternehmen anerkannt. Jetzt soll ein Antrag bei der Europäischen Union die wissenschaftliche Begleitung dieses Projekts ermöglichen. Um seine eigene Gesundheit ist der Kollege nur mäßig besorgt. Immerhin, jeden Freitag Wassergymnastik, sagt er und streicht sich zufrieden über den Bauch. Und dann möglichst ein freies Wochenende mit Zeit für die Familie, die

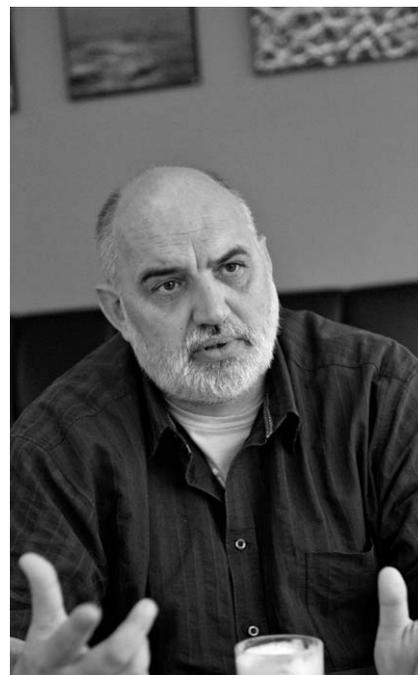


Foto: © Karin Desmarowitz/agenda

Bernd Schneider

noch in drei Generationen zusammen lebt. „Wenn ich zu viel arbeite, erinnere mich an meinen letzten Bandscheibenvorfall“, sagt der Gewerkschafter schmunzelnd.

Sigrid Thomsen



Aus der Arbeitswelt: Mexiko

„Die Maquila frisst dich“

Ein Pfeiler der mexikanischen Wirtschaft sind die Weltmarktfabriken, die Maquiladores. Die sind für niedrige Löhne und einen fragwürdigen Umgang mit den Arbeitsrechten bekannt. Das droht sich durch die Krise in den USA zu verschärfen.

Einen Steinwurf vom internationalen Flughafen von Ciudad Juárez entfernt befindet sich der erste Gewerbepark der Stadt. Hinter geräumigen Fabrikhallen stehen die Trucks Schlange, um die Waren aus dem Innern in Richtung Stadtzentrum und damit zur Grenze mit den USA zu transportieren. „Auto- und Elektronikteile, aber auch Motoren werden in Ciudad Juárez in erster Linie zusammengesetzt“, erklärt Yéffim Fong. Der Gewerkschafter mit dem zerzausten, langen Bart hat früher selbst am Band gestanden und Teile für die Kunden in den USA und auch Deutschland montiert. „Bremsysteme für Bosch und Autokabel für andere Autozulieferer werden hier gefertigt. Doch derzeit ist die Nachfrage mau, was sich nicht



Foto: © Knut Henkel

Hinter den Fabriken warten Laster auf Waren für den Export.

gerade positiv auf Löhne und Arbeitsrechte auswirkt“, erklärt der Nachkomme chinesischer Einwanderer. Fong hat den Job am Band mit der Datenverarbeitung eines Krankenhauses getauscht und ist froh, der Maquiladora entflohen zu sein. „Die Maquila frisst dich, heißt es hier in Juárez, denn Schichten von sechs Uhr morgens bis sechs Uhr abends sind die Regel und nicht die Ausnahme“. Außerdem ist die Arbeit am Band monoton, jeder ist austauschbar.

Zumeist sind die Arbeiter und Arbeiterinnen froh, dass sie überhaupt einen Job haben. Auch deshalb ist die Solidarität untereinander nicht besonders ausgeprägt. Zudem kommen viele der Arbeiter in den Weltmarktfabriken von Ciudad Juárez, Puebla oder Guadalajara aus weiter südlich gelegenen Bundesstaaten wie Monterrey, Oaxaca oder Veracruz. Dort sind die Perspektiven schlecht, und so



Gloria Méndez verdient überdurchschnittlich – und ihr Sohn Edgár träumt von einer Kfz-Lehre.

ziehen die Menschen auf der Suche nach Arbeit gen Norden, oft für immer. „Erst wenn man sich leidlich heimisch fühlt, beginnt man über die Arbeitsbedingungen nachzudenken“ erklärt Rubenia Delgado. An diesem Punkt müsse man erstmal ankommen, um sich auch gewerkschaftlich zu organisieren, so die 33-jährige Sozialwissenschaftlerin, die für das Centro de reflexión y acción (Cereal) arbeitet. Das Studienzentrum kämpft für mehr Arbeitsrechte in Mexiko und unterhält eine Dependence in Ciudad Juárez. Rubenia Delgado und ihre Kollegen kennen sich in der Branche aus und unterstützen die Arbeiter dabei, sich zu organisieren. Das ist alles andere als einfach in Mexiko, wo unabhängige Gewerkschaften nicht gern gesehen werden. „Branchenübergreifend werden Arbeitsrechte in Mexiko systematisch verletzt. So wird den Arbeitern nicht nur in der elektrotechnischen Industrie, sei es in Ciudad Juárez oder Guadalajara, das Organisationsrecht mit allerlei Tricks und Kniffen vorenthalten“, klagt Frau Delgado. Es gibt gewerkschaftliche Organisationen, die mit den Eigentümern unter einer Decke stecken und Behörden, die sich weigern, eine Gewerkschaft auch offiziell einzutragen. Oftmals laufen die Anstellungsverhältnisse über Subunternehmen, die gewerkschaftlich organisierte Arbeitskräfte erst gar nicht anstellen. Das bestätigt auch eine Langzeitstudie über die Arbeitsbedingungen in Mexikos IT-Branche, die das Studienzentrum kürzlich vorstellte. In Mexiko werden Mobiltelefone von Motorola oder Black Berry gefertigt und repariert, die auch auf den europäischen Markt gelangen und unter anderem über die Elektronikmärkte der Metro Gruppe verkauft

werden. Produziert wird unter fragwürdigen Bedingungen: „Bei 55 mexikanischen Pesos (umgerechnet 3,18 Euro) liegt der Mindestlohn pro Tag. Doch davon können viele der Arbeiter und Arbeiterinnen nicht leben“, erklärt Rubenia Del-

gado. In Mexiko steigen die Löhne nicht parallel zu den Lebenshaltungskosten. Ein durchschnittlicher Wochenlohn in Ciudad Juárez beläuft sich auf rund sechshundert Peso – etwa 40 Euro.



Kämpft für Arbeitsrechte: Rubenia Delgado

Ausnahmen wie Gloria Méndez bestätigen nur die Regel. Sie verdient 1.500 Peso, knapp 90 Euro pro Woche. Gemeinsam mit 1.200 Kolleginnen und Kollegen arbeitet sie in einer Fabrik für medizinische Geräte. „Selbst eine unabhängige Arbeitervertretung haben wir im Werk“, erklärt die 44-jährige allein erziehende Mutter. Ein Beispiel, das Schule machen sollte.

Knut Henkel

Der Autor ist freier Journalist in Hamburg.



Süße Subventionen

Subventionen für Zucker beleben Uruguays Norden. Doch aufgekauft wird er nur, wenn die Produzenten das Arbeitsrecht einhalten. Das hat die Gewerkschaft erkämpft.

Die Sonne sticht. Die Temperatur ist auf weit über 30 Grad gestiegen. Noch immer schneiden die Arbeiter mit ihrer Machete Zuckerrohr. Gebeugt und mit gekrümmten Rücken. Die Gesichter sind schweißüberströmt. Die Kleidung ist schwarz verklebt vom Zuckerrohr.

Am 3. September 1961 schlossen sich die „cañeros“ zur Gewerkschaft der Zuckerrohrarbeiter UTAA (Union de Trabajadores Azucareros de Artigas) zusammen, um ihren Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen. So marschierten sie mit ihren Familien über 600 Kilometer nach Montevideo. Viele Hauptstädter waren erschüttert, als sie erstmals direkt von der brutalen Ausbeutung erfuhren. Sie forderten den Großgrundbesitz zu enteignen, wollten Kooperativen gründen und selbst Zuckerrohr anpflanzen. Beraten wurden sie



Foto: © Karl-Ludolf Hübener

Seit Jahrzehnten arbeitet Jorge Flores (links) im Akkord auf den Zuckerrohrfeldern – andere Arbeit gibt es hier nicht.

Das Zuckerrohrfeld liegt außerhalb von Bella Union, einer Stadt mit 13.000 Einwohnern im Norden Uruguays, an der Grenze zu Brasilien. Im Hintergrund qualmt ein Schornstein des staatlichen Zucker-Alkohol-Komplexes ALUR (Alcoholes de Uruguay). ALUR habe der ganzen Gegend neuen Auftrieb gegeben, erklärt der 44-jährige Jorge Flores, bevor er sich Bündel von Zuckerrohrstangen schnappt und zum wartenden Lastwagen schleppt. Akkordarbeit.

Seit dreißig Jahren schneidet Jorge Rohrzucker. Als er anfang, gab es für die harte Plackerei nur Hungerlöhne. Schon 1942 titelte die Zeitung „Diario Popular“: „Fürchterliche Ausbeutung erleiden die Landarbeiter in Bella Union“. Streikten die Zuckerrohrschneider für Mindestlöhne, entließ der Großgrundbesitzer sie kurzerhand. Er stellte dann Arbeitslose ein. Keine Überraschung in einer Region, in der eine feste Arbeit die Ausnahme war. Der Besitzer der Zuckerrohrplantage zahlte den „cañeros“ nicht einmal Pesos aus, sondern gab ihnen ein Stück Pappe. Damit konnten sie Lebensmittel und Kleidung im Laden des Großgrundbesitzers kaufen.



Foto: © Karl-Ludolf Hübener

Belebt mit Staatsgeldern: Zuckerfabrik im Norden

Regierung hatte die Subventionen für die Zuckerindustrie gestrichen. Den Zuckerpreis müsse der Markt künftig regeln. „Da fragen sich die Leute in Bella Union: Warum kauft Uruguay Zucker in



Foto: © Karl-Ludolf Hübener

Heute produziert das Werk in Bella Union auch Ethanol.

Brasilien, das obendrein seine Zuckerindustrie kräftig subventioniert, statt die hiesige Produktion finanziell zu unterstützen?“, klagte Jorge Rodas, Vorstandsmitglied der UTAA. Die Krise 2002 schien dem Zuckergeschäft den Rest zu geben. „Es gab absolut keine Arbeit“, erinnert sich Jorge Flores, der sechs Kinder zu versorgen hat.

Doch seine Gewerkschaft gab nicht auf: „Wenn UTAA nicht existiert hätte, dann würde es hier nichts geben“, unterstreicht einer der tausend ALUR-Arbeiter. Proteste und Forderungen der „cañeros“ blieben nicht ungehört. 2006 war es so weit: Der erste Präsident der linken „Frente Amplio“ („Breite Front“) Tabaré Vazquez kurbelte mit Staatsgeldern die Zuckerindustrie im äußersten Norden Uruguays wieder an. Der agroindustrielle Komplex umfasst heute die Produktion von Zucker, Viehfutter, Dünger, Ethanol und sogar von Elektrizität aus Biomasse. ALUR zwingt die Zuckerrohrproduzenten, sich an Arbeitsrecht und Arbeitsverträge mit den Zuckerrohrarbeitern zu halten. Andernfalls kauft der Staatskonzern den süßen Stoff nicht auf. Jorge Flores verdient heute durchschnittlich umgerechnet 17 Euro am Tag: „Ein wenig mehr Geld könnte es schon sein.“ Weit über 3.000 Menschen sind direkt und indirekt mit dem Zuckerrohr beschäftigt.

Die anfängliche Kritik wegen angeblicher Verschwendung von Steuergeldern ist verstummt. Selbst Jorge Larrañaga, einer der führenden Köpfe der konservativen Opposition, musste zugeben: „Ich ziehe es vor, Arbeit statt Armut zu subventionieren.“ ALUR ist zu einem regionalen Entwicklungspol geworden – mit Staatshilfe und einer kämpferischen Gewerkschaft, die sich an keine Partei gebunden fühlt: „Wir lassen uns nicht kaufen, wir sind keine Opportunisten.“

Karl-Ludolf Hübener

Der Autor ist freier Journalist in Uruguay.



Wertvolle Verbindungen

Manchmal ist ihr Wert nicht von Beginn an jedem einsichtig. Doch die internationale gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist wichtiger denn je. Das Nord-Süd-Netz organisiert sie, hier in Deutschland und für die Kollegen und Kolleginnen weltweit.

„Sich kennen lernen, persönliche Beziehungen knüpfen, wissen, an wen man sich wenden kann, wenn man Hilfe braucht“ – das ist das wichtigste Ergebnis internationaler Bildungsarbeit, meint Nina Berg, Leiterin des Nord-Süd-Netzes im DGB Bildungswerk BUND. Ausgesprochen wertvoll sind die langjährigen Verbindungen zu Gewerkschaftern in Brasilien. Das gilt für Deutsche wie Brasilianer, zumal die gleichen Unternehmen in beiden Ländern aktiv sind. Etwa die Zusammenarbeit des DGB Bildungswerk BUND mit dem Instituto Observatório Social in São Paulo, das vom brasilianischen Gewerkschaftsdachverband CUT (Central Única dos Trabalhadores) getragen wird: Es analysiert seit vielen Jahren deutsche Unternehmen wie ThyssenKrupp und Bayer. An seinen Studien nehmen die Arbeiter aktiv teil, sie diskutieren die Ergebnisse und planen die nächsten Schritte, zum Beispiel ein Gespräch mit dem Management.



Foto: © Dorothee Memmicken

Austausch in Hattingen: José Drummond (CUT)

Für den gewerkschaftlichen Austausch hat das Institut eine Internetplattform „Conexão Sindical“ ins Leben gerufen, mit über 250.000 Besuchern pro Jahr. Vorbereitet durch ein Seminar, in dem



Foto: © Brigitte Voykowitzsch

Erfolgreiche Organisation: SEWA-Frauen unterwegs

der Umgang mit moderner Informationstechnologie eingeübt wird, können Gewerkschafter hier auch eigene Gruppen zu bestimmten Themen bilden und selbst Hinweise oder Fakten einstellen. „Handlungsorientierte Arbeit und direkt nutzbare Ergebnisse, das zeichnet die Arbeit des Instituto Observatório Social aus“, urteilt Nina Berg und fügt hinzu: „Von der intensiven Zusammenarbeit profitieren die Gewerkschafter in beiden Ländern.“

Eine besondere Erfahrung ist die Zusammenarbeit mit der SEWA-Academy in Indien, „weil das Thema Informeller Sektor hierzulande auf großes Interesse bei den Gewerkschafterinnen stößt“, so Nina Berg. Die Self Employed Womens Association ist mit mehr als einer Million Mitglieder die erfolgreichste gewerkschaftliche Frauenorganisation für den informellen Wirtschaftssektor weltweit. Straßenhändlerinnen, Müllsammlerinnen oder Hausangestellte fühlen sich hier aufgehoben, „weil die SEWA-Academy es immer wieder schafft, Angebote zu machen, die genau das bieten, was die Mitglieder brauchen“, begeistert sich Nina Berg. So sind für die Älteren Alphabetisierungskurse wichtig, für die Jüngeren PC-Lehrgänge, die ihnen Zugang zu gesicherten Arbeitsverhältnissen verschaffen können. Sprachbarrieren und kulturellen Unterschieden in Indien wird durch eine Vielfalt an Methoden Rechnung getragen. Pantomime und Bildtafeln werden eingesetzt, um sensible Themen wie HIV/AIDS oder Hygiene anzusprechen. Die Frauen lernen, selbst Videos zu eigenen Themen zu drehen, zum Beispiel „Welche Möglichkeiten habe ich, Geld anzulegen?“ Sie sind dabei Regisseurinnen, Kamerafrauen und Schauspielerinnen zugleich. Das bedeutet eine hohe Identifikation mit dem Thema und eine große Authentizität für alle, die diese Videos zu sehen bekommen.

Einmalige Erfahrungen

Ein Interview mit Nina Berg

Welches sind die wichtigsten Ziele der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit des Nord Süd Netzes?

Nina Berg: Einen Beitrag zur Stärkung von Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechten zu leisten, den sozialen Dialog zwischen Arbeitnehmervertretern und Arbeitgebervertretern zu fördern und sich für die Umsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen einzusetzen.

Welchen Stellenwert hat der Austausch mit Gewerkschaftsvertretern aus anderen Ländern?

Nina Berg: Ein größeren als vielfach angenommen: Wenn ein deutscher Betriebsrat einen südamerikanischen Arbeitnehmervertreter trifft, so löst das viel mehr aus als ein theoretischer Informationsaustausch. Solche Treffen heben die große Distanz auf, die Anonymität wird überwunden, die Kontakte haben länger Bestand.



Foto: © Dorothee Memmicken

Nina Berg leitet das Nord-Süd-Netz.

Welche Rolle spielt die internationale gewerkschaftliche Solidaritätsarbeit?

Nina Berg: Unsere Partner im Ausland sagen: Die Solidarität bedeutet uns mehr als die finanzielle Unterstützung. Die praktische Erfahrung, sich an jemanden wenden zu können, der zum Beispiel bei einem Konflikt mit dem Arbeitgeber weiterhelfen kann, gibt Sicherheit und Selbstvertrauen.

Außerdem ist internationale Solidarität wichtig, um den global operierenden Unternehmen eine gewerkschaftliche Macht gegenüberzustellen. Wir wünschen uns, dass mehr Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter die Angebote des DGB Bildungswerk BUND zum Erfahrungsaustausch mit Kollegen aus anderen Ländern nutzen – man kann wirklich einmalige Erfahrungen machen.



Dialog und „Peitschenhiebe“

Über Bildung, Arbeitsbeziehungen und Netzwerke in Deutschland und Brasilien diskutierten etwa 50 Gewerkschaftsmitglieder im November in Hattingen. Organisiert wurde die Tagung vom DGB Bildungswerk BUND in Kooperation mit der IG Metall und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

„Auch die Arbeitsbedingungen müssen globalisiert werden“, forderte José Drummond vom brasilianischen Gewerkschaftsdachverband CUT und benannte damit eines der wichtigsten Ziele der internationalen Gewerkschaftsarbeit. Die Wahl in Brasilien im Oktober, die mit dem Erfolg der von Präsident Lula geförderten Kandidatin Dilma Rousseff ausging, bewegte die Gemüter. Zehn Frauen und Männer, überwiegend aus der Automobilindustrie, waren aus Brasilien nach Hattingen gekommen. Sie verknüpften mit dem Wahlergebnis die Hoffnung, dass die unter Präsident Lula begonnenen Reformen weitergeführt werden. Temperamentvoll und engagiert diskutierten der Präsident des Instituto Observatório Social, Aparecido Donizeti da Silva und Juçara Maria Dutra Vieira, Vorstandsmitglied der brasilianischen



Juçara Maria Dutra Vieira von der Lehrgewerkschaft erläutert Hoffnungen auf Reformen nach der Wahl in Brasilien.

war der Austausch zwischen Kolleginnen und Kollegen, die in deutschen Firmen mit Werken in Brasilien arbeiten. Stark vertreten sind dort die deutsche Automobilindustrie (Mercedes Benz, Volkswagen) und ihre Zulieferer (Schaeffler, ZahnradFabrik ZF). José Drummond betonte, dass in Brasilien viele Arbeitgeber noch viel zu nah an der „Politik der Peitschenhiebe“ agierten. „Unsere Arbeitnehmer werden ständig bestraft – oft für Kleinigkeiten abgemahnt, suspendiert oder gar

hin, dass es wegen der weltweiten Arbeitsteilung wichtig ist, sich zu vernetzen, „damit ZF zum Beispiel bei einem Streik in Deutschland die Aufträge nicht einfach nach Brasilien weiterleiten kann.“ Eine lebhaft diskutierte über die Perspektiven zukünftiger Zusammenarbeit zwischen

den Gewerkschaften stand am Ende dieser Tagung. Es gab keinen Zweifel daran, dass solche Treffen fortgeführt werden müssen. Die Teilnehmenden vereinbarten, das Thema „Netzwerke“ zu intensivieren und zu überlegen, wie es gelingen könnte, junge Arbeitnehmer stärker für internationalen Austausch zu interessieren. Einen Vorschlag gab es ganz konkret: „Ich wünsche mir, dass die Einzelgewerkschaften besser über solche tolle Veranstaltungen informieren“, sagte Udo Weißwange



Junge Leute für die internationale Gewerkschaftsarbeit zu gewinnen war ein Anliegen der Brasiliertagung im DGB Tagungszentrum Hattingen.

Lehrgewerkschaft CNTE, mit dem deutschen Politikwissenschaftler Dr. Peter Birle und den Gewerkschaftsvertretern über die Folgen des Wahlausgangs für die Gewerkschaftspolitik. Die Brasilianer kritisierten die einseitige Medienberichterstattung in ihrem Land und wiesen auf den Fernsehsender im Internet (<http://tv.cut.org.br>) hin, mit dem die CUT eine eigene Berichterstattung gewährleistet. Wesentlicher Bestandteil der Tagung

entlassen. Von euch in Deutschland erfahren wir, dass die gleichen Unternehmen hier in den Dialog mit den Gewerkschaften eingetreten sind. Ein vergleichbares Level in den Arbeitsbedingungen wollen wir auch in Brasilien erreichen. Dafür ist eure Unterstützung sehr wichtig.“ Auch die deutschen Metaller sehen viele Möglichkeiten in dem Austausch. So wies Siegfried Pilbauer, Vertrauenskörperleiter bei ZF in Schwäbisch Gmünd, darauf

von der IG Bergbau Chemie Energie und mit 28 Jahren einer der jüngsten Teilnehmer. „Ich habe von der Veranstaltung nur durch Zufall auf einem Seminar der DGB-Jugend erfahren – das ist doch schade.“

Dorothee Mennicken

Die Autorin ist freie Journalistin in Köln.





Abkommen missbilligt

Gegen das im Mai unterzeichnete Freihandelsabkommen zwischen Kolumbien und der Europäischen Union setzen sich Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen international ein. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki brachte bei politischen Gesprächen in Kolumbien Anfang November seine Besorgnis über die Verletzung von Menschen- und Gewerkschaftsrechten in Kolumbien zum Ausdruck. Er war mit einer Delegation in Begleitung von Entwicklungsminister Dirk Niebel in das lateinamerikanische Land gereist und hatte dort auch mit Gewerkschaftsvertretern gesprochen. Die Zahl der in Kolumbien ermordeten Gewerkschafter betrug nach Angaben des Internationalen Gewerkschaftsbundes im vergangenen Jahr 48. Nach Ansicht Mateckis könnte sie noch höher liegen, da nicht alle Straftaten in derselben Rubrik aufgeführt würden. Dass sie nicht konsequent verfolgt würden, sei aus der Sicht des DGB nicht hinnehmbar, sagte Matecki. Solange gegen Menschenrechte und die Arbeitsnormen der ILO verstoßen würde, lehne er ein Freihandelsabkommen ab. Diese Auffassung wird auch von Vertretern verschiedener kolumbianischer Gewerkschaften geteilt, die von IG Metall, ver.di, GEW, IG BAU und DGB Bildungswerk BUND Ende November zu politischen Gesprächen in Berlin und Brüssel eingeladen waren. Um in Kraft zu treten, braucht das Freihandelsabkommen bis 2011 die Zustimmung des Europaparlaments.



Weitere Informationen: www.gew.de/DGB-Kongress_gegen_Freihandel_mit_Kolumbien.html

Kein Lohn zum Leben

Über unzumutbare Arbeitsbedingungen und Sozialstandards in der Textilbranche hat eine Delegation aus Bangladesch im November auf diversen Veranstaltungen in Deutschland berichtet. Gemeinsam mit der „Kampagne für Saubere Kleidung“ forderte sie die 4.500 Bekleidungsfabriken in Bangladesch auf, einen die Existenz sichernden Lohn zu zahlen. Unterstützung erhoffen sich die Bengalen von deutschen Kundinnen und Kunden. Die legen zunehmend mehr Wert auf Produkte, die unter sozial gerechten Arbeitsbedingungen hergestellt werden. Sie sollen Druck auf die Bekleidungskette Kik oder die Discounter ALDI und LIDL ausüben, die in Bangladesch billig produzieren lassen. Etwa drei Millionen Arbeiterinnen sind in der Bekleidungsindustrie des asiatischen Landes beschäftigt. Sie schufteten für Löhne, mit denen ein menschenwürdiges Leben kaum möglich ist, wie die ehemalige Näherin Arifa Akter, stellvertretende Generalsekretärin der Gewerkschaft National



Foto: © Wolfgang Huppertz/agenda

Setzen auf Kunden: bengalische Delegation in Hamburg

Garment Workers Federation (NGWF), bestätigte. Im Juni und Juli haben die Textilarbeiterinnen mit zahlreichen Demonstrationen und Besetzungen für eine Anhebung des Mindestlohns gekämpft, trotz vieler Festnahmen und Entlassungen. Die von der Regierung schließlich beschlossene Lohnuntergrenze von 30 Euro im Monat blieb weit hinter den geforderten 50 Euro zurück. Damit zahlen Bangladeschs Bekleidungsfabriken noch immer den niedrigsten Lohn weltweit. Das neue Lohnschema sollte von Anfang November an gelten. Doch ist ungewiss, wann die Unternehmen es tatsächlich umsetzen. „Die Erfahrung zeigt, dass sich die Industrie nicht an die Gesetze hält“, berichtete der bengalische Experte für Sozialstandards und Arbeitsrechte Khorshed Alam bei einer Veranstaltung der Friedrich Ebert Stiftung in Hamburg. Er rief die westlichen Konzerne auf, Druck auf Regierung und Textilfabriken auszuüben. Weil immerhin drei Viertel der Deviseneinnahmen Bangladeschs aus den Exporten der Bekleidungsindustrie stammen, sieht Alam hier „nicht zu unterschätzende Einflussmöglichkeiten.“ (Iud)



Weitere Informationen: www.saubere-kleidung.de

Nutzen für Unterricht

Informationen über die Arbeitswelt des Südens und die Entwicklung von Gewerkschaften sind für die Leserinnen und Leser der Nord|Süd news wichtig oder sehr wichtig. Das gilt zumindest für die 53 Menschen, die auf die jüngste Leserbefragung bis zum 20. Oktober geantwortet haben. Vier Fünftel möchten gern noch mehr über Menschen- und Gewerkschaftsrechte sowie Arbeitsbedingungen in Entwicklungsländern lesen; drei Fünftel hätten gern mehr Informationen über deutsche multinationale Unternehmen und die Umsetzung der Kernarbeitsnormen der ILO. Ebenso viele nutzen das Blatt für ihre berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit: Bildungsarbeit und Unterricht, Solidaritätsaktionen, Auslandsreisen sowie politische Arbeit allgemein gehören zu den Bereichen, die auf die Frage nach konkreten Anregungen durch den Newsletter angeführt wurden. Zu

den Verbesserungsvorschlägen zählen mehr Berichte über Ökologie, Südafrika und über Widersprüche bei der internationalen Arbeit. Die Befragung soll der Gesellschaft InWEnt (Internationale Weiterbildung und Entwicklung), die das Blatt aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung fördert, Hinweise auf seine Nutzung geben.

Termine

12.–17.12.2010

Blick über den Tellerrand: Wie man Computer, Internet, Handy und Co. in Entwicklungs- und Schwellenländern kreativ nutzt
| DGB Tagungszentrum Hamburg-Sasel

04.–05.02.2011

Rechte für Menschen – Regeln für Unternehmen: Aktionstreffen der Kampagne für Saubere Kleidung 2011
| DGB Tagungszentrum Hattingen

13.–18.02.2011

(Wie) funktioniert die EU? Europa zwischen nationalen Eigeninteressen und Solidarität unter den Mitgliedstaaten
Mit zweitägiger Exkursion nach Brüssel
| DGB Tagungszentrum Hattingen

25.–27.02.2011

Entwicklungspolitisches Edutainment? Einsatz, Entwicklung, Wirksamkeit politisch engagierter Lernspiele in der (entwicklungs-)politischen Bildung
| DGB Tagungszentrum Hattingen

Anmeldung und Informationen:

www.nord-sued-netz.de

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND
Vorsitzende: Ingrid Sehrbrock
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich
Verantwortlich: Nina Berg
Redaktion: Sigrith Thomsen
Satz: Achim Konopatzki
Druck: Setzkasten Düsseldorf
gedruckt auf FSC-Papier

DGB Bildungswerk BUND
Nord-Süd-Netz
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 0211/4301-371, Fax: 0211/4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Spendenkonto: SEB Bank AG,
Kto 101 600 9300, BLZ 300 101 11